

Postulat

Solardächer für Allschwil - jetzt!

Antrag:

Der Gemeinderat wird gebeten, Anreize zu prüfen, welche für den Bau von Solardächern förderlich sind, damit auch die Gemeinde Allschwil sich von dieser Seite innovativ zeigt und aktiv Massnahmen gegen die Klimaerwärmung ergreift. Zudem ist die proaktive Unterstützung der Wirtschaft sehr willkommen.

Ich bitte den Gemeinderat dem Einwohnerrat zu berichten. Besten Dank.

Begründung:

- ⇒ Solarenergie ist die Energie der Zukunft.
- ⇒ Baselstadt und umliegenden Gemeinden fördern aktiv die Solarthermie und Photovoltaik
Bsp: Der Grosse Rat des Kantons Baselstadt hat die Einführung einer kostendeckenden Einspeisevergütung für Strom aus Solaranlagen beschlossen.
- ⇒ Für die lokale Wirtschaft sind Aufträge nun sehr willkommen
- ⇒ Aktiver Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit (vgl. Projekt in Basel „Dachwerk“)
- ⇒ Der Kanton Basel Landschaft will das Ortskernreglement bzgl. Bau von Solaranlagen lockern
- ⇒ Beitrag zum Erhalt der Umwelt

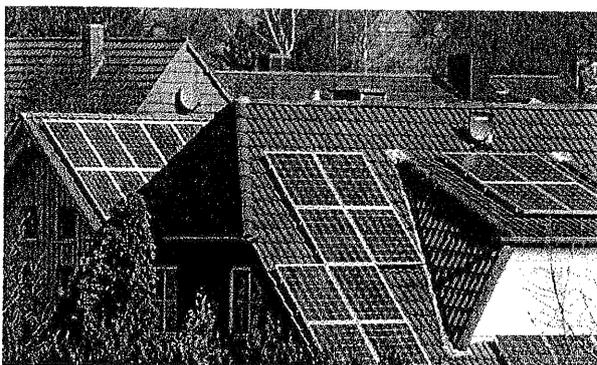
Allschwil, den 24. März 2009



Andreas Bammatter, Einwohnerrat

Baselbiet will Solaranlagen in Ortskernen erlauben

Die Baselbieter Regierung möchte Solaranlagen künftig auch in Ortskernen von lokaler und regionaler Bedeutung auf allen Bauten zulassen. Tabu bleiben sollen sie gemäss einer am Dienstag verabschiedeten Vorlage auf und neben geschützten Denkmälern.



Geht es nach dem Willen der Baselbieter Regierung, soll dieses Bild künftig im Baselbiet gängiger werden.

Bild: Keystone

Die Regierung schlägt nach eigener Auffassung eine deutliche Lockerung der Bewilligungspraxis vor. Sie strebe einen «sinnvollen Ausgleich» an zwischen der Förderung erneuerbarer

Energie und der Ortsbildpflege. Sie hat ihre entsprechende Landratsvorlage nun in eine dreimonatige Vernehmlassung geschickt.

In Kernzonen mit nationaler Bedeutung hingegen bleibt die Regierung hart: Da sollen Solaranlagen allenfalls später erlaubt werden, falls wirtschaftlich konkurrenzfähige und besser in Ziegeldächer integrierbare Solaranlagen auf den Markt kommen - sofern diese dannzumal «kaum mehr sichtbar sind».

In Ortsbildern von lokaler und regionaler Bedeutung sollen neu Solaranlagen bewilligt werden, auch wenn sie einsehbar sind oder auf kommunal schützenswert oder erhaltenswert taxierten Gebäuden geplant werden. Im Übrigen sei die Baselbieter Bewilligungspraxis schon heute vergleichsweise «sehr liberal», hiess es weiter.

Der Novelle vorausgegangen ist ein Streit um eine Solaranlage in Blauen. Die Regierung hatte eine Abrissverfügung für eine dort unbewilligt gebaute Solaranlage 2006 vorläufig zurückgezogen. Der Gemeinderat hatte Anlagen wie die umstrittene bewilligen lassen wollen. Die Grünen forderten im Landrat per Motion offenere Regeln.



GGG fördert Ökologie und Kultur

Die GGG Basel fördert mit CHF 20'000 das Projekt Performance Office der Kaserne Basel. Die Performance Kunst ist in den 60er Jahren aus der Bildenden Kunst hervorgegangen und gehört heute zu den fortschrittlichen Kunstmethoden, die sich neuen Technologien und Kommunikationsformen öffnet. Die Kaserne Basel legt mit dem Performance Office ein Augenmerk auf die veränderte performative Theaterpraxis der Freien Theater- und Tanzkünstler in der Schweiz. Dazu wird Basel als Stadt der bildenden Künste angesprochen. Die Aufführungen werden vom 4. bis 6. Juni in der Reithalle und in den Rossställen der Kaserne Basel stattfinden.

Ein Projekt mit doppelter Zielsetzung erhält von der GGG CHF 25'000, das Projekt „Dachwerk“, ein neues Sozialunternehmen in Basel. „Dachwerk“ fördert einerseits nicht genutzte Potentiale in der solaren Energiegewinnung und begleitet andererseits junge Erwerbslose in den Arbeitsmarkt. Dabei wirkt Dachwerk als Schaltstelle zwischen jungen Erwerbslosen, Installationsfirmen, Immobilienbesitzern und Behörden. Die GGG unterstützt die Erarbeitung eines Businessplanes für eine Sozialfirma, die in einem 10-Jahrsprogramm die Dächer des Kantons Basel-Stadt möglichst grossflächig mit Solaranlagen bedecken will. Geplant sind Aus- und Weiterbildungen für technische Fachkräfte im Gebäudetechnik-Gewerbe.

Basel, 6. März 2009

Geschäftsführer GGG:

Niklaus Merz

GGG Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Im Schmiedenhof 10 Postfach 628 4001 Basel
Tel. 061 269 97 97 ggg@ggg-basel.ch www.ggg-basel.ch

Medienmitteilung

Sperrfrist: Dienstag, 6. Januar 2009, 12:00 Uhr

Basel-Stadt setzt die Segel für einen Solarboom

Der Kanton Basel-Stadt wird, wie schon bei der Solarthermie, zum Schweizer Photovoltaik-Pionier: Am 7. Januar berät das Kantonsparlament (der Grosse Rat) die Einführung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) für Strom aus Solaranlagen. Anders als bei der KEV des Bundes setzt die kantonale Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) einstimmig auf ein rasches Wachstum der Solardächer. Laut einer heute vorgestellten Potenzialstudie kann sich damit der jährliche Zubau neuer Solarkollektoren zur Stromerzeugung auf dem Kantonsgebiet im Vergleich zu heute mindestens verfünffachen. Dieser Solarboom wird der regionalen Wirtschaft helfen, die Folgen der Rezession zu lindern. Basel kann sich überdies als umweltbewusste und zukunftsfähige Region noch stärker profilieren.

Finanzielle Anreize für Solarstrom-Produktion

Strom aus Sonnenenergie zu produzieren, ist mit der heute erhältlichen Technik noch nicht rentabel. Nur dank der kostendeckenden Einspeisevergütung wird die umweltgerechte und unendliche Gratis-Energiequelle Sonne tatsächlich genutzt. Der Kanton Basel-Stadt wird Dachbesitzern voraussichtlich ab diesem Jahr wirksame Unterstützung gewähren, wenn sie eine Solarstromanlage installieren und den erzeugten Strom ins Netz einspeisen. Gemäss einem UVEK-Antrag zum neuen Baselstädtischen Energiegesetz wird die bisherige Mengen-Beschränkung für die Einspeisung von Solarstrom, wie sie auch der Bund kennt, praktisch entfallen.

Diese Kantonale Massnahme springt in die Lücke, bis die Bundesregelung ohne Mengenbegrenzung eingeführt wird. Der Basel-Städtische FDP-Nationalrat, Grossrat und Direktor des Gewerbeverbandes, Peter Malama, sieht in der kantonalen Massnahme denn auch „ein deutliches Signal nach Bern“, wie er heute an einem Mediengespräch im 30. Stock des Basler Messeturmes sagte. „Photovoltaik ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Andere Länder haben die damit verbundenen energie- und wirtschaftspolitischen Chancen schon längst erkannt. Es wäre grobfahrlässig, wenn die Politik nicht die entsprechenden marktwirtschaftlichen Anreizmechanismen schaffen würde.“

Basel-Stadt geht weiter als der Bund

Das Solarstrom-Kontingent, das der Bund für 2009 und die folgenden Jahre festgesetzt hat, reicht bei weitem nicht aus, um allen interessierten Solarstrom-Anbietern mittels Bundes-Einspeisevergütung eine kostendeckende Produktion zu ermöglichen. Nationalrat Peter Malama lancierte in der Sommersession 2008 deshalb einen Vor-

Anschrift

ecos
Elisabethenstrasse 22
CH-4051 Basel

Telefon

+41 (0)61 205 10 10

Telefax

+41 (0)61 271 10 10

E-Mail

mailbox@ecos.ch

Persönliche E-Mail-Anschrift

vorname.name@ecos.ch

Internet

www.ecos.ch

stoss mit der Zielsetzung, die Solartechnik als immer bedeutenderen Energieträger der Zukunft gesetzlich im Rahmen der Förderprogramme nicht schlechter zu stellen als die anderen erneuerbaren Energien. Nachdem dieser Vorstoss im Parlament keine Mehrheit fand, wurden die Grossräte und UVEK-Mitglieder Christian Egeler (FDP) und Guido Vogel (SP) auf kantonaler Ebene aktiv. Ihr Antrag hat die UVEK überzeugt und wird morgen voraussichtlich auch vom Grossen Rat gutgeheissen.

Solarboom dank kleinem Strom-Aufpreis

Die photovoltaische Leistung der Solarzellen im Kanton Basel-Stadt beträgt gegenwärtig drei Megawatt. Was die Industriellen Werke Basel (IWB), die den Strom abnehmen, nicht kostendeckend weiter verkaufen können, wird auf die Netzkosten überwälzt. Die kostendeckende Neuinstallation von Photovoltaik-Modulen („Zubau“) war durch diese Regelung auf jährlich 300 Kilowatt beschränkt.

Gemäss dem Vorschlag der UVEK soll der Strompreis nun um bis zu 0,4 Rappen aufschlagen dürfen. Damit könnten in den nächsten acht Jahren rund 14 Megawatt hinzugebaut werden, was gegenüber heute einer Verfünffachung der jährlichen Installationsmenge entspricht. Für einen durchschnittlichen Haushalt resultieren daraus Mehrkosten von 2% oder 1.15 Fr. pro Monat. Thomas Fisch, Leiter der Energiefachstelle im Amt für Umwelt und Energie (AUE) Basel-Stadt, stellte am Mediengespräch noch einen zusätzlichen Anreiz für Solarstromproduzenten in Aussicht: „Mindestens für kleine Anlagen möchten wir weiterhin 1000 Franken pro neu installiertes Kilowatt auszahlen“, erklärte Fisch.

Noch mehr Sonnenstrom-Leistung wäre möglich

Die UVEK denkt in die gleiche Richtung: Laut einer vom Basler Unternehmen ecos erstellten Studie, deren Ergebnisse am Dreikönigstag veröffentlicht wurden, wäre bei entsprechender Finanzierung innert acht Jahren eine Verzehnfachung der solaren Leistung auf 31 Megawatt möglich. Dabei wurde berücksichtigt, dass neue Solaranlagen in der Regel in Verbindung mit einer ohnehin fälligen Dacherneuerung realisiert werden. ecos-Geschäftsleiter Daniel Wiener wies an der Medienkonferenz darauf hin, dass Basel-Stadt, neben der Produktion von Warmwasser, die halbe Leistung des Atomkraftwerks Mühleberg von seinen Dächern beziehen könnte: „Erst ein Prozent des 1.7 Quadratkilometer grossen Potenzials südexponierter Flächen wird heute genutzt“, erläuterte er eines der Studien-Ergebnisse. In den nächsten Monaten sollen weitergehende Fördervarianten nun weiter geprüft und diskutiert werden.

Chance für den Standort Basel

In jedem Fall bedeutet das Basler Ja zur Förderung von Solarenergie eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts: Neue Arbeitsplätze entstehen, die Umwelt wird geschont, die Stromversorgung aus erneuerbaren Energiequellen verstärkt und die Massenpro-

duktion von Solarzellen gefördert. Nicht zuletzt gewinnt Basel als umweltbewusste Region an Image und weltweit Beachtung. Der Baselbieter Solarenergie-Unternehmer und SP-Nationalrat Eric Nussbaumer ist überzeugt: „Wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen beschlossen werden, so wird das in Basel-Stadt einen wahren Solarboom auslösen. Das lokale, installierende Gewerbe wird einen Startvorteil haben, wenn die Einspeisevergütung gesamtschweizerisch ohne Mengendeckel kommt – und das wird in wenigen Jahren der Fall sein.“

Neues Sozialunternehmen „Dachwerk“

Um die erwartete grosse Nachfrage nach Photovoltaik-Anlagen sowie den Zubau bei der bereits rentablen Solarthermie (für Warmwasser) aufzufangen, wird in Basel nun die Gründung eines neuen Sozialunternehmens geplant. Das Projekt mit dem Namen „Dachwerk“ will das Potenzial an Dächern mit dem Potenzial junger Stellenloser verknüpfen. Mit Unterstützung von Integration Basel-Stadt, verschiedener Stiftungen, der Bildungsämter und des lokalen Gewerbes sollen junge Arbeitssuchende zu Monteuren für Solaranlagen ausgebildet werden und somit die Realisierung des Solarbooms zusätzlich beschleunigen helfen. Das Gewerbe wird die neu ausgebildeten Spezialisten beim Sozialunternehmen „Dachwerk“ temporär oder langfristig engagieren können. Thomas Kessler, Leiter Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt, ist überzeugt, dass Basel mit dieser Initiative auf dem richtigen Weg ist: Basel geht hier einen wichtigen Schritt voran. Unser Beispiel soll anderen Kantonen Mut machen, in zukunftsfähige Energien und junge Menschen zu investieren.“

Auskünfte

- Zur Solar-Potenzialstudie und zum Konzept von „Dachwerk“: ecos, Daniel Wiener, Tel. 061 205 10 10
- Zur Umsetzung der kostendeckenden Einspeisevergütung für Solarstrom im Kanton Basel-Stadt: Thomas Fisch, Leiter Energiefachstelle Amt für Umwelt und Energie (AUE,) Tel, 061 225 97 33
- Zum sozialen und ökonomischen Potenzial des Unternehmens „Dachwerk“: Thomas Kessler, Leiter Kantons- und Stadtentwicklung, Tel. 061 267 78 40
- Zum Förderprogramm des Bundes zur Förderung von erneuerbaren Technologien und insbesondere der Photovoltaik: Peter Malama, Nationalrat, Tel. 079 322 08 33

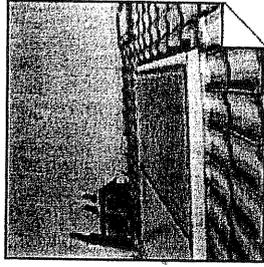
Basel, den 6. Januar 2009

ARBEITEN FÜR DIE ZUKUNFT.

01.03. 100 jetzt - Solardachprogramm für Gemeinden:

Im Baselbiet ist das Sonnenfieber ausgebrochen: Gemeinde um Gemeinde wird von der Begeisterung für das Solardachprogramm «100 jetzt!» angesteckt.

Im Rahmen des Programms «100 jetzt!» erfolgte der Start in Sissach, mit dem Ziel in den nächsten 18 Monaten 100 thermische Solaranlagen auf die Hausdächer zu bringen. Der Anfang ist gemacht, über 1000 Energieberatungen wurden durchgeführt, die ersten 100 Anlagen sind bereits gebaut, und das Ziel dürfte problemlos erreicht werden: Längst stehen zahlreiche weitere Gemeinden mit mehreren Hundert Dächern Schlange – ein «Nachbarschafts-Effekt», dessen Dynamik selbst die Initianten überrascht hat.



Das Projekt wurde für die Marketing Trophy nominiert. Wir sind gespannt!

SOLARBERATUNG

SOLARANBIETER

SOLARGEMEINDEN

SOLAR NEWS - MEDIENSPIEGEL.

Nächste Informationsveranstaltungen

Reinach, BL: 11. Februar 2009

Hemmiken, Rothenfluh und Omaringen: 18. Februar 2009

Bottmingen: 26. März 2009

Programmpartner

WWF

Solarspar Liestal

bank coop

Kanton Basel-Landschaft

Stadt Winterthur

AEK Energie AG

Das Gute kommt von oben

Die Wassererwärmung ist der zweitgrösste Energieverbraucher im Haushalt. Mehr als die Hälfte der dafür nötigen Energie kann mit Sonnenkollektoren erzeugt werden. Im Sommer sind es sogar über 90 Prozent. So spart eine Solaranlage etwa 2300 kWh Energie pro Jahr, das entspricht der Menge, die ein Vier-Personenhaushalt jährlich fürs Waschen, Kochen, Backen, Kühlen, Fernsehen und die Beleuchtung verbraucht. 100 solcher Gratisenergie-Anlagen sparen pro Jahr 40'000 Liter Öl. Ein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz, der Zeichen setzt, Ressourcen und Energie spart – und unabhängig macht.